

P R O T O K O L L  
der 346. Sitzung des Grossen Gemeinderats

---

Datum	Dienstag, 22. Mai 2012
Zeit	19.30 - 21.10 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Marti Beat
Mitglieder	Aebersold Jürg, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Bärtschi Markus, Brügger Yong, Burkhard Fabian, Damke Andreas, Eber Béla, Elsinger Florian, Ferreira Antonio, Friedli Rolf (bis 20.45 Uhr), Gautschi Stefan, Gossweiler-Ebnetter Jsabelle, Graham Marina, Grubwinkler Christa, Grütter Urs, Häusermann Martin, Humm Martin, Kämpf Marcel, Kästli Marc, Kauth Adrian, Kneubühler Peter, Lack Stephan, Lüthi Adrian, Mallepell Elisabeth, Manz Matthias, Näf-Piera Virtudes, Raaflaub-Minnig Ruth, Ritschard Daniel, Ruta Francesca, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schwander Fritz, Sigrist Roman, Stettler Jürg, Treier Hannes, Wegmüller Beat, Wenger-Kupferschmied Ursula
StimmzählerIn	Grubwinkler Christa, Schneider Beat
Vertreter des Gemeinderats	Saxer Hans-Rudolf, Gemeindepräsident, Aeschimann Pia, Gubler-Geelhaar Patricia, Hässig Vinzens Kornelia, Künzi-Egli Barbara, Pedinelli Stotz Daniela, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Beat Schmid, Finanzverwalter
Entschuldigt abwesend	GGR: Corti Andrea
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

---

Geschäfte 13

## Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 20. März 2012	550
2	Jahresrechnung 2011 der Gemeinde Muri bei Bern	550
3	Wahl des Rechnungsprüfungsorgans für 2012	557
4	Verwaltungsbericht 2011 der Gemeinde Muri bei Bern	557
5	Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahr 2011; Abrechnung	558
6	Gemeindebetriebe Muri bei Bern; Erweiterung des Leistungsauftrages mit Wärmeversorgung	558
7	Postulat Gautschi (forum) Erweiterung des Auftrags "Studie Schulraumplanung" unter 1. Einbezug der Turnhallen, 2. Berücksichtigung des anstehenden Investitionsbedarfs der Schulgebäude und 3. Erarbeiten einer Variante "Beibehaltung der Kindergärten"; Zwischenbericht	564
8	Postulat Wegmüller (SP) Einrichten eines Velo-/Fussgängerwegs zwischen Muribad und Auguetbrücke; Zwischenbericht	564
9	Interpellation Kneubühler (FDP): Finanzierung und Werterhaltung von Gemeindestrassen	565
10	Interpellation Manz (SP) betr. zusätzlichem Wohnraum an Stelle der A6	566
11	Interpellation Wegmüller (SP): Gemeindestrassen mit "Zubringer gestattet"	568
12	Informationen des Gemeinderats	568
13	Neue parlamentarische Vorstösse	568

Der Vorsitzende eröffnet die 346. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 39 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die Gäste. Als neues Mitglied des GGR heisse er Antonio Ferreira als Nachfolger von Ramina Wakil im Rat willkommen. Im Weiteren begrüsse er Beat Schmid, Finanzverwalter der Gemeinde.

## Mitteilungen

Der Vorsitzende verweist auf die auf den Tischen aufgelegte Zusatzstudie "Masterplan Verkehr" sowie auf die Einladung zur 8. Regionalversammlung vom 21. Juni 2012.

Im Übrigen werde an der heutigen Sitzung ein Test mit zwei Mikrofonen durchgeführt. Auf jeder Seite im Saal liege am Tischende ein Mikrofon auf. Dieses werde auf Wunsch an die

Sprechenden weitergegeben. Das Votum werde vom Platz aus gehalten, man gehe also nicht zum Mikrofon.

Im Weiteren teile er mit, dass die Juni-Sitzung mangels Traktanden ausfallen werde.

### **Traktandenliste**

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

#### **1 Protokoll der Sitzung vom 20. März 2012**

##### Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

#### **2 Jahresrechnung 2011 der Gemeinde Muri bei Bern**

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Revisionsbericht den Ratsmitgliedern mit Mail vom 7. Mai 2012 zugestellt worden sei.

Yong Brügger führt als Sprecher der GPK aus, die GPK habe die Jahresrechnung 2011 zur Kenntnis genommen. Sie habe festgestellt, dass der Abschluss einen Aufwandüberschuss von etwa CHF 0,4 Mio. aufweise und somit das Resultat viel besser ausfalle, als prognostiziert. Dies habe einen Zusammenhang mit der guten geleisteten Arbeit, habe aber auch viel mit Glück und ausserordentlichen Erträgen zu tun. Man möchte, könne oder dürfe nicht euphorisch sein und die Gemeindeverwaltung deshalb loben. In den letzten zwei Jahren sei die GPK immer zurückhaltend gegenüber der entsprechenden Jahresrechnung gewesen. Sie bleibe dieses Jahr – offen gesagt – ebenfalls zurückhaltend. Solange in der Jahresrechnung keine schwarzen Zahlen geschrieben würden, bleibe das Finanzmanagement eine grosse Herausforderung für jetzt und für die Zukunft. In diesem Fall könne die GPK nicht ohne Reserven die Jahresrechnung empfehlen. Die GPK begrüsse die Erklärung des Gemeindepräsidenten, dass im Finanzbereich vorsichtig und konservativ operiert werde. Sie möchte, dass man nicht nur jetzt, in mageren Jahren im Finanzbereich, vorsichtig und konservativ operiere, sondern immer – sogar in fetten Jahren – mit allen möglichen vorsichtigen Massnahmen und politischen Mitteln. In diesem Sinn empfehle die GPK dem Parlament, den Anträgen des Gemeinderates zu folgen.

Hans-Rudolf Saxer führt aus, der in der Jahresrechnung 2011 resultierende Aufwandüberschuss von rund CHF 400'000.00 dürfe als erfreulich bezeichnet werden. Berücksichtige man den Gesamtaufwand der Gemeinde Muri bei Bern von CHF 66,8 Mio., dürfe man feststellen, dass 99,4 % des letztjährigen Aufwands durch entsprechende Erträge hätten finanziert werden können. Unser Finanzhaushalt sei damit im Lot. Das Ergebnis 2011 sei umso erfreulicher, als das vor 1 1/2 Jahren verabschiedete Budget einen Aufwandüberschuss von rund CHF 5,5 Mio. prognostiziert habe. Bereits im letzten Herbst habe festgestellt werden können, dass der Abschluss wesentlich besser ausfallen werde und dem Rat sei die Prognose eines voraussichtlichen Defizits von rund CHF 1,5 Mio. abgegeben worden. Jetzt sei das Ergebnis nochmals spürbar besser herausgekommen.

Weshalb? Die Verbesserungen seien sowohl bei der Aufwand- als auch bei der Ertragsseite erzielt worden. Beim Aufwand dürfe festgestellt werden, dass die Verwaltung ihrem Auftrag, den sie zusammen mit dem Gemeinderat habe, nämlich mit

den anvertrauten Mitteln sparsam und wirtschaftlich umzugehen, in hohem Mass nachgekommen sei. (Was er an dieser Stelle gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern explizit verdanken möchte). Er wolle dies anhand von zwei Beispielen erläutern:

- Beim Sachaufwand liege man um CHF 380'000.00 oder fast 5 % unter dem Voranschlag, was ihn enorm freue.
- Im letzten Jahr habe der Gemeinderat nur 100 Nachkredite bewilligen müssen, was einen Tiefstand seit vielen Jahren bedeute.

Bei der Ertragsseite wolle er insbesondere auf die Gewinnsteuern der juristischen Personen hinweisen. Diese hätten CHF 1,7 Mio. über dem Voranschlag 2011 abgeschlossen. Dies sei insofern sehr bemerkenswert, da genau diese Position ein Jahr vorher das Ergebnis "verhagelt" habe. Es liege hier das gleiche Phänomen vor, wie es alle anderen Gemeinden, der Kanton und teilweise auch der Bund kennen würden, nämlich dass die Gewinnsteuern der juristischen Personen sehr volatil seien. Diesmal habe das Pendel in die andere Richtung ausgeschlagen und uns namhafte Mehrerträge beschert. Die Budgetierung dieser Position sei umso schwieriger, als in unserer Gemeinde von der Struktur her dieser Budgetposten von ein paar wenigen Firmen abhängig sei, die das Gros des Gesamtertrags erbringen würden. Deshalb könne es hier in beide Richtungen relativ starke Ausschläge geben.

Er wolle noch etwas zu den Investitionen sagen: Im Januar 2011 habe der Grosse Gemeinderat ein Darlehen an die Nussbaumallee über CHF 2,5 Mio. bewilligt. Dies habe insofern mit dem Rechnungsabschluss zu tun, als man aufgrund der Rechnungslegungsvorschriften des harmonisierten Rechnungsmodells verpflichtet sei, den Betrag der Investitionsrechnung zu belasten, obschon ein rückzahlbares und verzinsliches Darlehen keine Investition im klassischen wirtschaftlichen Sinn sei. Diese Verbuchung führe in zwei Bereichen zu Zahlen, welche erklärungsbedürftig seien. Beim ersten Bereich handle es sich um den Realisierungsgrad der Investitionen. Werde das Darlehen von CHF 2,5 Mio. hier dazu gezählt, liege ein Realisierungsgrad von 119 % vor, werde das Darlehen aber abgezogen, so seien es 74 %, also relativ unterdurchschnittlich für Muriger Verhältnisse. Derartige Zahlen müssten stets hinterfragt werden. Ein ähnlicher Erklärungsbedarf ergebe sich bei der Finanzkennzahl "Selbstfinanzierungsgrad" auf Seite 49 der Rechnung. Auch dort entstehe eine markante Abweichung, je nachdem ob die CHF 2,5 Mio. dazugezählt würden oder nicht. Im Abschluss sei der Betrag dazu gezählt – da dies so gehandhabt werden müsse –, was zu einer relativ tiefen Selbstfinanzierung von 44 % führe. Würden die CHF 2,5 Mio. dort ausgeklammert, liege man bei respektablen 71 %. Im gleichen Zusammenhang könne man noch einen Schritt weiter gehen. Der über die letzten 5 Jahre eruierte Mittelwert liege mit den CHF 2,5 Mio. bei 90,27 %, würde das Darlehen ausgeklammert, käme man auf gut 100 %. Gut 100 % würde bedeuten, dass in den letzten 5 Jahren keinerlei Neuverschuldung habe in Kauf genommen werden müssen. Beim Studieren des Abschlusses habe er sich vorgenommen, dies als Lehrbeispiel an eine nächste Ausbildungsveranstaltung mitzunehmen, um aufzuzeigen, dass derartige Finanzkennzahlen immer hinterfragt werden müssten. Man müsse sich immer fragen, was dahinter stecke; je nachdem könne dies sonst zu falschen Schlussfolgerungen führen.

Der finanzpolitische Rückblick aufs vergangene Jahr sei weitgehend positiv. Wie der Sprecher der GPK ausgeführt habe, interessiere aber fast mehr die Gegenwart und die Zukunft. Das einzige, was heute eigentlich sicher sei, sei eine relativ hohe Unsicherheit. Es würden sich verschiedenste Fragen stellen: "Welches sind die Konsequenzen der wirtschaftlichen Turbulenzen im Euroraum? Welche Ausfälle bringt die Steuergesetzrevision? In welchen Bereichen wird der Kanton allenfalls Sparpakete schnüren? Sind die Gemeinden davon betroffen oder nicht?". Die Liste würde sich verlängern lassen können.

Prognosen für den Abschluss 2012 seien zum heutigen Zeitpunkt schlicht noch nicht möglich, dafür sei das Jahr zu wenig fortgeschritten. Im Herbst werde mehr dazu gesagt werden können. Im Umfeld der relativ grossen Unsicherheiten sei es für den Gemeinderat klar, dass er die vorsichtige Finanzpolitik auch in Zukunft aus Überzeugung fortsetzen wolle. Er werde Vorsicht walten lassen und sich nicht auf Abenteuer einlassen. Namens des Gemeinderats ersuche er den Rat, den Anträgen zuzustimmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung in folgender Reihenfolge: Botschaft, Rechnung 2011, "Investitionen 2011 (Vergleich mit Plan)" und "Nachkreditabelle".

Gegen das Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Fraktionserklärungen:

Matthias Manz erklärt, die SP-Fraktion sei erfreut, dass das budgetierte katastrophale Ergebnis nicht eingetreten, sondern dass die Rechnung praktisch zu Null aufgegangen sei. Damit habe auch das Eigenkapital geschont werden können, dieses sei praktisch auf dem gleichen Niveau wie im letzten Jahr. Obwohl das Ergebnis sehr erfreulich sei, habe die SP zwei Sorgen: Zum einen sei dies die grosse Abweichung und zum zweiten der Punkt Investitionen. Bezüglich der grossen Abweichung sei es natürlich wunderbar, wenn man am Schluss mehr Geld in der Kasse habe, als vorausgesehen. Wenn dies aber immer wieder vorkomme, so untergrabe dies die Glaubwürdigkeit der Finanzpolitik des Gemeinderats. Wenn der Gemeinderat mit dem Gedanken an die Planungen herangehe: "Es geht ja ohnehin um ein paar Millionen hinauf", so sei es schwierig, eine solide Diskussion zu führen. Im Zusammenhang mit den Abweichungen müsse man auf zwei Punkte eingehen: Auf die Investitionen – darauf komme er im Detail noch zurück – und auf die Erbschaftssteuern. Er habe bei den Erbschaftssteuern die letzten 5 Jahre analysiert und festgestellt, dass im Durchschnitt CHF 3 Mio. eingenommen worden seien. Im Durchschnitt budgetiert sei aber nur eine halbe Million worden. Man habe also sechs Mal mehr eingenommen als budgetiert. Es sei logisch, dass nicht vorhergesagt werden könne, wer sterben werde, wer Nachkommen habe, usw.; dies liege zum Glück auch nicht in der Macht des Gemeinderats. Wenn dies aber quasi systematisch so gehandhabt werde, so bedeute dies nichts anderes als eine riesige stille Reserve, welche eigentlich die Planung des Gemeinderats in Frage stelle. Im Budget 2012 sei CHF 1 Mio. budgetiert worden, bei einer mittelfristigen Betrachtung müsste der Betrag im Jahr 2013 erhöht werden.

Zu den Investitionen: Diese seien noch tiefer, als sonst schon. Der Ausschöpfungsgrad liege nicht einmal bei 3/4, dies sei sehr bedenklich. Die Gemeinde schiebe riesige Investitionsvorhaben im Umfang von ca. CHF 30 Mio. vor sich her. Da stelle sich die Frage, ob die Gemeindeverwaltung nicht in der Lage sei, die Investitionen anzustossen, ob Personal vorhanden sei, um diese Projekte zu betreuen und voranzubringen. Die grossen Pendenzen seien sehr unbefriedigend. Zu zwei Punkten hätte er gerne detaillierte Auskünfte:

1. Bei der Verwaltungsliegenschaft sei praktisch nichts ausgegeben worden, obwohl dort ein Betrag von CHF 250'000.00 budgetiert gewesen sei.
2. Im Bereich Energiemassnahmen BEakom betrage die Ausschöpfung auch nur ca. die Hälfte.

Es würde ihn interessieren, ob es eine personelle Frage sei, dass die Investitionen dermassen wenig ausgeschöpft würden.

Urs Grütter erklärt, auch die SVP-Fraktion unterstütze – für die Anwesenden vermutlich erwartungsgemäss – die Anträge des Gemeinderats betreffend Genehmigung von Nachkrediten und Jahresrechnung. Wie üblich habe man von der Verwaltung eine übersichtliche, da klar gegliederte und dennoch detaillierte Rechnungsablage erhalten. Dafür ein grosses Dankeschön an Beat Schmid, das er auch an die Leute in seinem Team weitergeben möge. Die Rechnung zeige wieder einmal, dass einerseits vorsichtig budgetiert und in der Regel das Budget auch eingehalten werde, wenigstens auf der Ausgabenseite. Auf der Einnahmenseite sei das Budget – auch wieder fast regelmässig – überschritten worden, was, wie ausgeführt worden sei, damit zusammenhänge, dass man betreffend Steuererträge nicht über zuverlässige Prognosen verfüge. Er wolle daraus nicht folgern, dass das Budget angepasst werden müsste, schon gar nicht aufgrund eines 3-jährigen Durchschnitts bei den Erbschaftssteuern, da müsste dann schon eher ein 20-jähriger herangezogen werden. Es gehöre dazu, dass hier vorsichtig budgetiert werde. Man müsse sich darauf ausrichten, dass gewisse glückliche Zufälle eben nicht eintreten würden und es müsse auch in diesem Fall gehen. Aber auch die SVP lasse sich nicht zu voreiligem und übermässigem Optimismus verleiten. Mit der Rechnung nehme der Rat einfach zur Kenntnis, was vorgefallen sei und was nicht mehr geändert werden könne. Die Rechnung zeige auch drastisch, dass z.B. für etwas, was fast alle Gemeindebürger angehe und höchst kundenrelevant sei, nämlich "Allgemeine Sicherheit", 2,6 % des Umsatzes ausgegeben werde und im Bereich "Soziale Wohlfahrt", was nur einen kleinen Teil der Kundschaft betreffe, 31,6 %.

Die SVP sehe auch, dass die Eckwerte, eine Konstante seit – aus dem Handgelenk geschüttelt – ca. 20 Jahren, nämlich drei Steuerzehntel Eigenkapital, Verschuldung nicht wesentlich über CHF 40 Mio., erwartungsgemäss eingehalten worden seien. Aber auch dort sei nicht ein allzu riesiger Optimismus angezeigt, seien doch gewisse Risiken vorhanden; wir würden hier in einem solchen Risiko sitzen. Müsste dieses saniert werden, wäre der nötige Handlungsspielraum im Moment wohl nicht vorhanden. Damit befinde man sich aber in einer Budgetfrage, welche hier nicht Thema sei. Deshalb richte er seinen Dank nochmals an Beat Schmid und sein Team für die Rechnungsablage aus. Die SVP empfehle die Annahme der Anträge des Gemeinderats.

Martin Häusermann führt namens der forum-Fraktion aus, wie üblich habe der Rat eine aussagekräftige und übersichtliche Zusammenstellung erhalten. An dieser Stelle gehe deshalb der Dank des forums an den Finanzverwalter und sein Team. Der Dank gehe auch an die Verwaltung für die Ausgabendisziplin beim Sachaufwand. Erneut könne dank zusätzlichem Steuerertrag aufgrund einmaliger Erbschafts- und Schenkungssteuern sowie Steuereinnahmen aus Vorjahren ein besser als budgetierter Rechnungsabschluss verzeichnet werden. Es gelte jedoch auch zu beachten, dass knapp CHF 1,8 Mio. weniger Abschreibungen als budgetiert getätigt worden seien. Wenn er die Rechnung richtig interpretiere, sei dies bei der Position lastenausgleichsberechtigte Abschreibungen, d.h. es handle sich um höhere Gewalt und die Gemeinde könne nicht Einfluss darauf nehmen. Er wäre aber froh, wenn dies in der Detailberatung kurz bestätigt werden könnte. Das Ergebnis liege deutlich über dem Budget, sei aber immer noch leicht negativ.

Das forum freue sich trotzdem über die momentanen Aufhellungen am Finanzhorizont. Alle wüssten, dass sich der Finanzplan rasch wieder trüben könnte und finanzpolitische Herausforderungen anstehen würden. Bestimmt könnte man die eine oder andere Position kommentieren oder Fragen dazu stellen. Das forum möchte sich aber vor allem auf eine Sache konzentrieren; dies seien ebenfalls die Investitionen, ähnlich wie dies der Sprecher der SP getan habe. Den Realisierungsgrad der Investitionen, der unter 75 % liege, erachte das forum als zu tief. Hier werde – gleich wie von der SP – für das laufende Jahr eine höhere Ausschöpfung erwartet, nämlich im

angestrebten Bereich von ca. 85 %. Das forum habe sich auch die Frage gestellt, ob das Problem darin liege, dass die Investitionen nicht gemanagt werden könnten, oder ob zu fest auf die Bremse gestanden werde, oder wo genau die Ursache liege. Für das forum ein kleines "Trostpflasterli" sei, dass die grössten Abweichungen nicht aus Bereichen stammen würden, die für das forum prioritär seien.

Obwohl dies bereits kurz erläutert worden sei – auch hier wäre er froh, wenn dies in der Detailberatung noch etwas genauer erklärt werden könnte –, könne das forum nicht nachvollziehen, weshalb das Darlehen Alters- und Pflegeheim unter den Investitionen verbucht worden sei. Es sei bestätigt worden, dass dies den Rechnungslegungsvorschriften entspreche. Es stelle sich jedoch die Frage, ob das Darlehen zwingend so habe verbucht werden müssen oder ob auch andere Möglichkeiten bestanden hätten; es erscheine doch etwas abstrus. Die forum-Fraktion stimme beiden Anträgen des Gemeinderats zu.

Adrian Kauth erklärt, auch die FDP/jf-Fraktion habe die Jahresrechnung des vergangenen Jahres erfreut zur Kenntnis genommen. Bedingt durch höhere Erträge bei den Unternehmenssteuern, ausserordentliche Einnahmen bei den Erbschaftssteuern und diszipliniertes Verhalten bei den Ausgaben des Sachaufwands sei das effektive Resultat gegenüber dem Budget wesentlich verbessert worden. Der budgetierte Jahresverlust von fast CHF 5,5 Mio. habe dadurch auf CHF 400'000.00 reduziert werden können. Gerade für das Einhalten, ja sogar Unterschreiten des Budgets beim Sachaufwand danke die FDP den Verantwortlichen bestens. Man wisse, dass dies nicht selbstverständlich sei, bedinge dies doch eine permanente Kontrolle der Kosten, aber auch spürbare Einschränkungen bei den Ausgaben. Nur so sei es möglich, eine vernünftige Finanzpolitik zu betreiben, die für unsere Gesellschaft nachhaltig sei. Dies sei ein wesentlicher Grundstein für den Erfolg unserer Gemeinde. Erfreut sei die FDP über das Resultat aber auch, weil die Aussage der letzten Budgetdebatte eingetroffen sei, wonach das Rechnungsergebnis meistens um einiges besser als die vorsichtig budgetierten Werte unserer Finanzverwaltung sei. Eine defensive Budgetierung erachte er als richtig; allerdings sollte dies bei der Festsetzung des Steuerfusses auch angemessen berücksichtigt werden. Allfällige Überreaktionen und finanzpolitische Schwarzmalerei gehörten aufgrund vorsichtiger Voraussagen nicht hierher. Nochmals möchte sich die FDP bei den Verantwortlichen für das Resultat bedanken, im Speziellen bei Finanzverwalter Beat Schmid. Die FDP stimme der Vorlage zu.

### **Zur Botschaft**

Martin Häusermann (forum) erklärt, er wäre froh, wenn die zwei von ihm erwähnten Punkte kurz erläutert werden könnten. Dabei handle es sich einerseits um die Abschreibungen von CHF 1,8 Mio. (höhere Gewalt?) und andererseits um die Verbuchung des Darlehens APH unter der Position Investitionen.

Hans-Rudolf Saxer führt aus, es sei richtig festgestellt worden, dass die Abschreibungen unter dem Budget liegen würden. Es könne klar festgehalten werden, dass ca. 2/3 der tieferen Abschreibungen, nämlich CHF 1,2 Mio., auf die neue Pflegefinanzierung, vom Kanton Bern auf den 1. Januar 2011 eingeführt, zurückzuführen seien. Dies habe dazu geführt, dass die CHF 1,2 Mio., die während vieler Jahre als Abschreibung der beiden Gebäude Altersheim und Pflegeheim in den Lastenausgleich hätten eingegeben werden können, im Jahr 2011 nicht mehr hätten eingegeben werden können. Deshalb würden die CHF 1,2 Mio. auf diesem Posten wegfallen. Die weiteren, unter dem Budget liegenden Abschreibungen seien auch darauf zurückzuführen, dass der Realisierungsgrad bei den Investitionen bei ca. 74 % liege. Im Voranschlag würden die Abschreibungen auf einem Realisierungsgrad von 85 %

berechnet. Zur zweiten Frage bezüglich Verbuchung des Darlehens gebe er das Wort an Beat Schmid weiter.

Beat Schmid ersucht die Anwesenden, die gedruckte Rechnung, S. 45, zur Hand zu nehmen. Im Abschnitt 1153 sei ersichtlich, dass das Darlehen von CHF 2,5 Mio. zwingend im Verwaltungsvermögen habe bilanziert werden müssen. Im Übrigen hätten wegen der Neuregelung der Pflegefinanzierung die Heime bei den Hochbauten entfernt werden müssen; diese würden neu unter der Rubrik 1153 Eigene Anstalten erscheinen. Das Dotationskapital von CHF 400'000.00 sei ebenfalls dort zu finden. Von den finanzrechtlichen Vorschriften her handle es sich beim Darlehen von CHF 2,5 Mio. ganz klar um Verwaltungsvermögen. Daher bleibe nichts anderes übrig, als den Umweg über die Investitionsrechnung zu machen. Wenn das Darlehen amortisiert werde, sei es umgekehrt. Amortisationsbeträge müssten zwingend als Einnahmen in der Investitionsrechnung verbucht werden, damit die CHF 2,5 Mio. im Verwaltungsvermögen vermindert werden könnten. Selbstverständlich würden bei der Berechnung der Abschreibungen die Darlehen und Beteiligungen ausgeklammert; der Gesamtbereich 115 auf Seite 45 sei also nicht relevant für die Abschreibungen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen allgemeiner Art und zur Botschaft.

### **Kapitelweise Detailberatung der Rechnung**

#### Allgemeine Verwaltung, S. 11-13

Keine Bemerkungen

#### Öffentliche Sicherheit, S. 14-16

Keine Bemerkungen

#### Bildung, S. 17-19

Keine Bemerkungen

#### Kultur und Freizeit, S. 20-22

Keine Bemerkungen

#### Gesundheit, S. 23 + 24

Keine Bemerkungen

#### Soziale Wohlfahrt, S. 25-28

Keine Bemerkungen

#### Verkehr, S. 29 + 30

Keine Bemerkungen

#### Umwelt und Raumordnung, S. 31 + 32

Keine Bemerkungen

#### Volkswirtschaft, S. 33

Keine Bemerkungen

#### Finanzen und Steuern, S. 34-36

Keine Bemerkungen

Investitionsrechnung, S. 37-42

Matthias Manz (SP) verweist auf die von ihm im Fraktionsvotum aufgeworfenen Fragen zur Investitionsrechnung. Er wäre froh, wenn er eine Antwort darauf erhalten würde.

Hans-Rudolf Saxer rekapituliert, die Frage von Matthias Manz habe dahingehend gelautet, weshalb in den Bereichen Gemeindehaus und BEakom weniger als geplant investiert worden sei. Bezüglich BEakom könne er festhalten, dass alle Projekte angeschoben worden seien, welche sich im Moment in einem reifen Stadium befunden hätten. Man habe in keiner Art und Weise die Bremse angezogen oder Projekte nicht bewilligt, sondern in der Investitionsplanung seien aus heutiger Sicht klar unrealistisch hohe Beträge enthalten gewesen. Im Bereich Energie und namentlich beim BEakom werde sehr viel gemacht.

Was das Gemeindehaus anbelange, so sei man betreffend Zeitachse tatsächlich im Verzug. Aufgrund der verfügbaren Kapazitäten sei ein grösserer Aufwand nicht möglich gewesen. Namentlich der sehr anspruchsvolle und intensive Prozess Ortsplanungsrevision würde sehr viele Kräfte bündeln und beanspruchen. Man hoffe, dass diesbezüglich jetzt dann etwas Luft entstehe, um Kapazitäten umzupolen, beispielsweise Richtung Gemeindehaus. Die personellen Kapazitäten auf der Bauverwaltung seien per 1. Mai mit einer 90 %-Stelle durch einen qualifizierten Mitarbeiter aufgestockt worden. Damit seien die Voraussetzungen geschaffen worden, dass zukünftig in diesem Bereich ein grösserer Output erzielt werden könne. In diesem Zusammenhang wolle er noch einmal unterstreichen, dass der Gemeinderat ebenfalls der Meinung sei, dass ein Realisierungsgrad von 74 % zu tief sei. Es werde ein Grad von ca. 85 % angestrebt und dieser sei im langjährigen Mittel mit einer sehr kleinen Streubreite auch erreicht worden. Im Jahre 2011 liege man diesbezüglich atypisch tief, was nicht etwa gesteuert oder Absicht gewesen sei. Aufgrund von vielen grösseren Projekten habe man einfach nicht mehr realisieren können. Aber wie bereits gesagt habe man reagiert und Kapazitäten aufgestockt.

Bestandesrechnung, S. 43-48

Keine Bemerkungen

Finanzkennzahlen, S. 49 + 50

Keine Bemerkungen

Feuerwehr AMG, S. 51

Keine Bemerkungen

Eventualverpflichtungen, S. 52

Keine Bemerkungen

Investitionen 2011 (Vergleich mit Plan)

Keine Bemerkungen

Nachkredittabelle 2011

Keine Bemerkungen

Sowohl Yong Brügger als auch Hans-Rudolf Saxer verzichten auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

1. Von den Nachkrediten in der Gesamthöhe von CHF 1'829'500.00 wird Kenntnis genommen.
2. Die Jahresrechnung 2011, die mit einem Aufwandüberschuss von CHF 399'832.41 abschliesst, wird genehmigt.

**3 Wahl des Rechnungsprüfungsorgans für 2012**

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Mit der Vornahme der Prüfung von Buchhaltung und Jahresrechnung 2012 wird die ROD Treuhand beauftragt.

**4 Verwaltungsbericht 2011 der Gemeinde Muri bei Bern**

Yong Brügger führt als Sprecher der GPK aus, die GPK habe mit grossem Interesse und Freude den Verwaltungsbericht 2011 zur Kenntnis genommen und geprüft. Der Verwaltungsbericht sei eine ausgezeichnete, kompakte Zusammenfassung der geleisteten Arbeit unserer Gemeindeverwaltung. Die GPK habe keinen speziellen Kommentar anzubringen. Sie bitte das Parlament, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen und den Abschreibungen der Vorstösse gemäss Kapitel 28.0 (Motionen) und 28.1 (Postulate) zuzustimmen. Die GPK möchte an dieser Stelle allen Mitarbeitenden, die zur Erfassung des Verwaltungsberichts beigetragen hätten, insbesondere Frau Karin Pulfer, Frau Anni Koch und Herrn Gemeindepräsident Hans-Rudolf Saxer, nicht ein normales Dankeschön, sondern ein grosses Merci aussprechen.

Hans-Rudolf Saxer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, weitere Wortmeldungen allgemeiner Natur, anschliessend kapitelweise Beratung.

Gegen das Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Das Wort wird weder für Fraktionserklärungen noch für weitere Wortmeldungen allgemeiner Natur verlangt.

**Kapitelweise Beratung**

Einwohnergemeinde, Seiten 6 + 7

Keine Bemerkungen

Grosser Gemeinderat, Seiten 8-21

Keine Bemerkungen

Gemeinderat, Seiten 22-26

Keine Bemerkungen

Präsidiales, Finanzen, Planung, Region, Seiten 28-35

Keine Bemerkungen

Bau, Seiten 36-38

Keine Bemerkungen

Sicherheit, Verkehr, Seiten 39-46

Keine Bemerkungen

Bildung, Seiten 47-50

Keine Bemerkungen

Jugend, Kultur, Sport, Seiten 51-57

Keine Bemerkungen

Gesundheit, Soziales, Seiten 58-70

Keine Bemerkungen

Umweltschutz, Seiten 71-75

Keine Bemerkungen

Sowohl Yong Brügger als auch Hans-Rudolf Saxer verzichten auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

1. Der Verwaltungsbericht 2011 der Gemeinde Muri bei Bern wird genehmigt.
2. Die Vorstösse gemäss Kapitel 28.0 (Motionen) und 28.1 (Postulate) werden als erfüllt abgeschrieben.

**5 Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahr 2011; Abrechnung**

Der Vorsitzende orientiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird weder für Fraktionserklärungen noch für weitere Wortmeldungen verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Abrechnung über den Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt der Gemeindestrassen im Jahr 2011 wird genehmigt. Sie schliesst bei einem bewilligten Rahmenkredit von CHF 500'000.00 mit CHF 499'194.90 ab (Kreditunterschreitung von CHF 805.10).

**6 Gemeindebetriebe Muri bei Bern; Erweiterung des Leistungsauftrages mit Wärmeversorgung**

Béla Eber führt als Sprecher der GPK aus, die GPK habe das Traktandum an ihrer Sitzung vom 9. Mai 2012 eingehend behandelt. Ihre Fragen seien durch die Herren Hans-Rudolf Saxer, Christian Staub und Thomas Hanke beantwortet worden. Die GPK sei aufgrund der Informationen zum Schluss gekommen, dass die Erweiterung des Leistungsauftrags der gbm vernünftig, aber auch logisch sei. Für diese zusätzlichen Aufgaben seien bei den gbm die notwendigen Kompetenzen vorhanden. Die

politische Zielsetzung der Gemeinde, sich in erneuerbaren Energien zu positionieren, werde somit sichergestellt. Die benötigten Investitionen würden ausschliesslich die gbm und nicht die Gemeinde selber belasten. Aufgrund der Risikoabklärung der gbm bestehe keine Gefahr von Quersubventionierung zu Lasten der Gas- und Wasserbezüger. Sollte es nämlich zu einem Abbruch der Wärmeenergielieferung kommen, so würden die gbm anstatt Wärme Gas liefern. Die Finanzierung erfolge über die vorgeschriebenen Rückstellungen. Die Vollkostenrechnung der gbm stelle auch sicher, dass der errechnete Bezugspreis alle Kosten decke. Schliesslich sei zu erwähnen, dass mit dieser Wärmelieferung ca. 50 % des Bedarfs der Wärmeverbund Siloah AG abgedeckt werden könnten. Die GPK beantrage dem Rat deshalb einstimmig, die Änderung von Art. 6 des Anstaltsreglements der gbm zu erlassen.

Christian Staub führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, er wolle das von Béla Eber als Sprecher der GPK in seinem Votum Ausgeführte unterstreichen, was die Ausrichtung sei mit dem zusätzlichen Auftrag, den die gbm erhalten solle. Es handle sich vorliegend um etwas Zukunftsweisendes, das zwingend irgendwo "angehängt" werden müsse, am besten sicherlich bei den gbm. Das know-how – das nötige Wissen aber auch die Beziehungen im Rahmen der bereits bestehenden Kontakte –, welches dort verfügbar sei, sei wichtig und zeige auch, dass es machbar und richtig sei, diesen Weg weiter zu beschreiten. Es liege nun ein Projekt vor, welches am Laufen sei und er gehe davon aus, dass weitere dazu kommen könnten. Für ihn ebenfalls zentral sei die Sicherstellung der Versorgung zu einem Zeitpunkt, wo alles Erneuerbare rasch zu einem Thema werde. Die Abwärme der Haco stehe zur Verfügung und sollte genutzt werden. Beim Betrachten des Haco-Gebäudes sei der abgehende Dampf ersichtlich; Energie, die eben genutzt werden sollte. Er könne bestätigen, dass rund 50 % der von der Wärmeverbund Siloah AG benötigten Energie dadurch abgedeckt werden könnten. Es bestehe die Hoffnung, dass dieser Wert noch gesteigert werden könne. Dies sei auch etwas abhängig von der Konstruktion und der Technik im Rahmen der Ausgestaltung der neuen Wärmezentrale. Er ersuche den Rat, dem Antrag zuzustimmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Beat Schneider erklärt, die SP-Fraktion stimme der Änderung des Leistungsauftrags grundsätzlich zu, obschon man beim Lesen der Ausgangslage auch noch andere Schwerpunkte setzen könnte. Unter dem Titel "Förderung erneuerbarer Energien" werde der Punkt Nutzung von Abwärme aus Industrie hervorgehoben. Darauf werde letztlich die Erweiterung des Leistungsauftrages begründet. Dort wo vorhanden mache es sicher Sinn, Wärme zu nutzen und die Versorgung von Konsumenten sicherzustellen. Aus Sicht der SP sollte man den Begriff "Hoheitsgebiet der Einwohnergemeinde" nicht allzu eng sehen. Es könnten durchaus auch einmal Projekte entstehen, die am Gemeinderand, eventuell sogar über die Gemeindegrenzen hinweg zu realisieren wären und diese sollten auch weiterverfolgt werden können. Es gehe nicht darum, schweizweit oder international tätig zu sein. Die Frage sei in der SP aufgetaucht, ob man sich schon Gedanken über eine allfällige Zusammenarbeit mit den angrenzenden Gemeinden gemacht habe. Die SP sei auch der Meinung, dass die Wärmeversorgung nicht ausschliesslich durch die gbm erfolgen sollte, eine Monopolstellung sei nicht anzustreben. Es gebe heute schon Anlagen, die von anderen betrieben würden; dies sei auch gut so. Trotzdem sei die SP gespannt, wie sich das Gewerbe dazu stelle. Es entstehe hier sicherlich ein Konkurrent, der versuchen werde, sich ein Stück des Marktanteils abzuschneiden. Wie bereits angetönt, könnte sich die SP unter dem Titel "erneuerbare Energien" auch andere Aktivitäten vorstellen. Die gbm könnten z.B. auf geeigneten Dächern Fotovoltaikanlagen betreiben und so Strom erzeugen und vermarkten. Für die Gemeinde selber wäre dies sicherlich keine Aufgabe, die gbm wären aber dazu auch geeignet. Dazu würde es einen entsprechenden Leistungsauftrag brauchen. Die Frage stelle sich, ob sich der

Gemeinderat auch schon Gedanken in diese Richtung gemacht habe. Die SP werde dem vorliegenden Antrag zustimmen.

Beat Schmitter führt aus, die FDP/jf-Fraktion begrüsse das Vorhaben des Gemeinderats und sichere ihre Unterstützung zu. Wie von den Vorrednern bereits zu hören gewesen sei, werde Energie, vor allem erneuerbare Energie, heute mehr und mehr zu einem Schlüsselthema. Die FDP sei froh, dass in Muri-Gümligen die Zeichen der Zeit erkannt worden seien. Die verschiedenen Energievorhaben, die ursprünglich auf Initiative der Umweltschutzkommission gestartet worden seien, würden sich – wie in der Vorlage aufgezeigt – bestens ergänzen und die Erweiterung des Leistungsauftrags sei ein weiterer folgerichtiger Schritt in eine neue Energiezukunft. Erfreulich sei, dass das Ganze nicht ein leerer Papiertiger sei, sondern dass mit dem Projekt Haco bereits eine erste Realisierung unterwegs sei und es sei zu hoffen, dass weitere Projekte zeitnah folgen könnten.

Stefan Gautschi erklärt namens der forum-Fraktion, er sei ratlos. Noch selten habe sich das forum mit einem Geschäft so beschäftigt, wie mit dem vorliegenden. Bis vor wenigen Stunden habe man gekämpft und gestritten. Man sei sich einig gewesen, dass es sich um eine schlecht ausgereifte, intransparente und riskante Vorlage handle. Einige hätten den Kopf für diese Vorlage nicht hinhalten, diese ablehnen und auf später verschieben wollen. Eine vernünftige Mehrheit – zu der er nicht gehöre – habe sich dafür ausgesprochen, die Verantwortlichen zu rügen und die Vorlage unter gewissen Auflagen durchzuwinken.

Was sei hier schief gelaufen? Das Geschäft gelange viel zu spät ins Parlament. Nach ersten Abklärungen vor 4 Jahren habe die Machbarkeitsstudie mit positivem Ergebnis schon im Jahr 2010 vorgelegen. Schon damals habe die GPK in ihrer Verwaltungskontrolle bemängelt, dass die gbm Ausgaben für die Wärmeversorgung getätigt hätten, ohne ihren Leistungsauftrag angepasst zu haben. Dann auch planloses Bauen: Für die Planung von Energie-Infrastrukturen gebe es ein Instrument, welches Energierichtplan heisse. Der Energierichtplan liege noch nicht vor und trotzdem würden schon Leitungen verlegt; er habe dies mit eigenen Augen gesehen, würde sich aber gerne belehren lassen, wenn dies nicht der Fall wäre. Er habe Leitungen gesehen, die mitten durch ein Feld, an einem äusserst ungünstigen Ort, verlegt worden seien, und zwar in unserer letzten Baulandreserve. Bei einer allfälligen Einzonung müssten die Leitungen wohl verlegt werden. Wer dies finanzieren werde, wisse man nicht.

Man dürfe auch von anderen lernen: Seine vor zwei Jahren eingereichte Interpellation betr. Wärmeverbund Haco habe die Risiken von Wärmeverbunden aufzeigen und die Projektierenden darauf aufmerksam machen wollen, dass es in der Umgebung – Ostermundigen, Stadt Bern – gute Beispiele von Wärmeverbunden gebe. Diese seien aber etwas anders, als der hier geplante. Ein Vergleich hätte vielleicht auch dazu geführt, dass das Projekt Wärmeverbund Haco als riskant eingestuft worden wäre und man darauf verzichtet hätte. Er habe sich gefragt, ob es eigentlich nicht ausreichend sei, wenn unsere erneuerbaren Energien wie Abfall und Abwasser optimal in Entsorgungsstellen gebracht würden und wir wüssten, dass sie dort für Wärmeverbunde gebraucht würden. Es sei fünf vor 12: Das Geschäft sei hinausgezögert worden, bis das Parlament nun heute gezwungen sei, der gefährdeten Realisierung zuzustimmen und den Antrag durchzuwinken. Dies sei keine richtige Vorgehensweise. Die Botschaft sei eine Mogelpackung. Es sei nicht zutreffend, was unter "Förderung erneuerbarer Energien" ausgeführt werde. Es werde hier Erdgas benötigt, was nicht erneuerbar sei. Es sei auch fraglich, ob es im wirtschaftlichen Interesse der zukünftigen Betreiber – der gbm – liege, erneuerbare Energien zu fördern, seien doch die gbm Verkäufer von fossilem Erdgas. Es sei richtig, dass die Nutzung von Abwärme den Verbrauch an Energieträgern senke. Die Botschaft sei

jedoch sehr unkritisch gegenüber dem zunehmenden Energiemix zu Ungunsten des Verbrauchs von elektrischer Energie. Zudem werde kein Wort verloren über den Wärmefall, der sich ausschliesslich nach der Industrieproduktion der Haco richten müsse und sich vielleicht nicht gerade mit dem saisonalen Wärmebedarf des Alters- und Pflegeheims Nussbaumallee decke.

Das forum möchte hier nicht Spielverderber sein, bitte aber die Verantwortlichen, die Kritik und die nachfolgenden Auflagen ernst zu nehmen. Die Ausweitung des Leistungsauftrags gbm mache grundsätzlich Sinn. Die Dienstleistung für die Wärmeverteilung auf Gemeindegebiet werde so erleichtert und es würden sich Synergien mit den heutigen Tätigkeiten ergeben. Das forum habe – im Sinn von Auflagen – folgende Erwartungshaltung:

- Es müsse aufgenommen werden, dass für keinen Wärmebezüger eine Erschliessungspflicht bestehe.
- Es müsse eine eigene Spartenrechnung erfolgen, unter Einbezug der Verursacherfinanzierung sowie Kostendeckung im Rahmen einer Spezialfinanzierung. Verursachte Kosten müssten nachträglich korrekt verbucht werden.
- Risiken müssten abgesichert sein. Die Verträge Abwärmelieferung / Wärmelieferung müssten nachhaltig sein. Die Wärmeleitung müsste über die Vertragsdauer hinaus amortisiert werden.
- Erfahrungen aus anderen Gemeinden wie auch neutrale Beratungsstellen seien zur Beurteilung eines Risikos zu berücksichtigen.  
Der Satz "Die Gemeindebetriebe stellen der Wärmeverbund Siloah AG einzig die anfallenden Kosten in Rechnung" sei sehr irritierend. Er hoffe, dass die Verantwortlichen wüssten, was sie tun.
- Es sei grundsätzlich erkennbar, dass die gbm zunehmend durch wichtige Themen absorbiert würden. Es bleibe zu hoffen, dass der neue Zweig der Wärmeversorgung personell und von den Ressourcen her mit der notwendigen Sorgfalt bewältigt werden könne.

Das forum empfehle dem Gemeinderat als Aufsichtsorgan bzw. der GPK als Prüforgan, diesen Vorschlag zum gegebenen Zeitpunkt im Rahmen eines Audits zu überprüfen.

Martin Häusermann (forum) erklärt, ihm sei wichtig, dass ein Konsens darüber vorliege, was dieser Leistungsauftrag umfassen könne, wenn von Wärmeversorgung gesprochen werde. Die Botschaft mache eigentlich glaubhaft, dass es um Transportleitungen von Wärmeenergie gehe, insbesondere sei von Erschliessungsleitungen zum Wärmeverbund Siloah die Rede. Vermutlich sei es aber so, dass unter Wärmeversorgung auch Wärmeproduktion verstanden werden könnte. Hier stelle sich die Frage, ob es im Sinn des Parlaments sei und ob dieses möchte, dass die gbm auch in die Wärmeproduktion einsteigen könnten. Konkret könnte dies bedeuten, dass beispielsweise das Blockheizkraftwerk, welches die Wärmeverbund Siloah AG baue, an die gbm übergehe. Damit hätte er etwas Mühe und er würde es auch nicht ganz ehrlich finden, da in der Botschaft nichts von derartigen Überlegungen stehe. Er möchte, dass der Rat sensibilisiert sei, da es hier möglicherweise nicht nur um Transportleitungen gehe, sondern es könne auch um die Wärmeproduktion an sich gehen, dass also die gbm mit dem neuen Leistungsauftrag selber in Heizungen, in Kraftwerke investieren könnten. Ob dies die Aufgabe der gbm sei, sei fraglich. Er wäre froh um eine Stellungnahme dazu. Es sei ihm wichtig, dass hier alle das gleiche Verständnis hätten, zu was ja gesagt werde.

Christian Staub erklärt, es liege nun ein grosser Strauss voller Meinungen und Fragen vor. Er wolle versuchen, die Fragen einigermaßen zu beantworten, soweit er in der Lage gewesen sei, diese zu erfassen. Es sei nicht möglich gewesen, die von Stefan Gautschi formulierten Erwartungen und Auflagen stenomässig mitzuschreiben. Damit er konkret zu den einzelnen Punkten Stellung nehmen könnte, müssten diese

vorliegend sein. Zu der von Martin Häusermann geäußerten Befürchtung bezüglich Übernahme des Blockheizkraftwerks Siloah durch die gbm könne er ganz klar sagen, dass dies nicht die Absicht sei. Ebenfalls sei es nicht die Absicht, dass die gbm ein eigenständiges Unternehmen der Wärmeerzeugung schaffen wolle. Was die gbm könne und machen werde sei eine Beteiligung, da sie ein ureigenes Interesse daran habe, dass auch Energie via Wärme oder Gas produziert werde, die sie verkaufe. Dies sei auch im Rahmen des Leistungsauftrags heute schon möglich, er denke an den Telecombereich oder an den Abwasserbereich; die gbm sei Aktionärin der ARA. Dies bedeute auch, dass sich die gbm aktiv darum bemühe, weitere derartige Geschäfte im Rahmen der Gemeinde tätigen zu können. Es gebe auch überregionale Tätigkeiten, vorliegend wolle man sich auf die Gemeinde beschränken. Es gebe viele Bereiche, bei denen er sich einen Einfluss der gbm vorstellen könnte, z.B. im Rahmen einer anderen Wärmegewinnung. Es sei einmal ein Projekt angedacht worden im Zusammenhang mit Abwärmenutzung der Kompostieranlage Grube in Rubigen. Dort könnte man sich eine Beteiligung vorstellen, um die gewonnene Energie weiter zu verwenden. Dies seien Ansätze, wo er sich eine Beteiligung der gbm vorstellen könnte. Dass sie sich aber aktiv mit der Übernahme des Blockheizkraftwerks oder mit dem Erstellen von Heizungen befasse, glaube er nicht. Er habe sich mit dem VR zwar nicht entsprechend abgesprochen, aber die Zielrichtung im VR gbm sei ganz klar, dass dies so gesehen werde.

Zu den Formalien, weshalb dies so lange gedauert habe und der Antrag erst jetzt vorliege, müsse Hans-Rudolf Saxer Stellung nehmen. Wenn von 4 Jahren gesprochen werde, so sehe er dies etwas anders.

Beat Schneider habe erwähnt, das Hoheitsgebiet sei nicht zu eng zu fassen und müsste über die Gemeindegrenzen hinaus ausgedehnt werden. Es sei die Absicht der gbm, mit Partnern ausserhalb der Gemeinde Konstrukte einzugehen. Diese müssten aber sicher und vor allem zukunftsgerichtet sein. Es sollte nicht irgendwo etwas investiert werden, was längerfristig nicht standhalte. Das Hoheitsgebiet liege in der Gemeinde, bei einer vorhandenen Möglichkeit und wenn es Sinn mache sei eine Ausdehnung über die Gemeindegrenzen hinweg aber durchaus anzustreben. Im Rahmen von Wasser- und Abwasserversorgung würden bereits derartige Konstrukte bestehen, z.B. mit Worb, Ostermundigen und Allmendingen, wo heute schon Wasserlieferungen stattfinden würden. Beat Schneider habe ausgeführt, eine Monopolstellung der gbm dürfe nicht angestrebt werden. Die gbm sei eine eigenständige Organisation und sie habe entsprechend ihrer Aufgabe auf dem Markt aufzutreten. An eine Konkurrenz zum Gewerbe glaube er nicht, umso mehr, als das Gewerbe von den Aufträgen, die die gbm vererbe, profitieren könne. Das Thema der Fotovoltaikanlagen sei im VR schon mehrmals angedacht und diskutiert worden. Man sei noch nicht so weit, dass man es als sinnvoll erachte, in diese Richtung zu investieren. Hier liege ganz klar eine Frage der Konkurrenz vor, sei doch ein Privatunternehmen hier viel weiter und könne sich besser orientieren, als die gbm im Moment. Ein entsprechendes know-how müsste zuerst erzielt werden.

Stefan Gautschi spreche von einer riskanten Vorlage. Er sehe nicht ein, wo ein Risiko bestehen könnte. Die von einem Industrierwerk wie der Haco produzierte Abwärme sei natürlich durch Schweröl resp. Gas entstanden. Darauf habe die gbm aber keinerlei Einfluss und es sei eine interne Angelegenheit der Haco, wie sie diese produziere. Die Abwärme sei aber in ausreichendem Mass vorhanden, man könnte halb Gümligen mit dieser Abwärme beheizen. Er verstehe nicht, weshalb dies riskant sein sollte. Eine Abwärme in dieser Form zu nutzen biete keine technischen Schwierigkeiten. Die Auskoppelung, die in der Haco gemacht werde, sei Teil der Investition, die die gbm neben den Leitungen habe tätigen müssen. Dass bereits Leitungen verlegt worden seien, sei zutreffend. Der Wärmeverbund habe den Bau der Wärmeversorgungseinrichtung lancieren müssen, da die Beheizung mit der Abwärme im

Oktober beginnen solle. Die Verlegung der Leitung sei mit allen Beteiligten abgesprochen worden, auch mit der Grundeigentümerin – der Burgergemeinde – sowie dem Landwirt, der das Land bewirtschaftete. Die Leitung liege genau in dem Perimeter, wo später einmal eine Strasse durchführen werde. Sie führe also nicht einfach quer durch einen Acker, sondern die Fachplaner hätten sich durchaus Gedanken gemacht und dafür gesorgt, dass die Leitungen am richtigen Ort verlegt und nicht später zusätzliche Kosten entstehen würden. Dasselbe gelte auch für die andere Strassen-seite, wo das ISB-Areal zu stehen kommen werde. Dort sei die Leitung in den zukünftigen Verbindungsweg, der die beiden Parzellen erschliessen solle, verlegt worden. Zu den anderen von Stefan Gautschi formulierten Auflagen und Erwartungen könne er erst Stellung nehmen, wenn sie ihm schriftlich vorliegen würden.

Hans-Rudolf Saxer erklärt, wie richtigerweise ausgeführt worden sei, habe der Gemeinderat vor ca. 4 Jahren – noch vor der BEakom-Zeit – den gbm dringendst ans Herz gelegt abzuklären, ob sie ihren Leistungsauftrag in diese Richtung erweitern könnten. Er sei der Meinung gewesen, dass dies die Zukunft sei und dass es sich um die Frage einer intelligenten Energiepolitik handle, dass die vorhandene Energie genutzt werde. Der Gemeinderat habe relativ starken Druck ausgeübt und in einer ersten Phase auch an den Verhandlungen mit der Haco teilgenommen. Dann sei dies richtigerweise an die gbm weitergegangen und diese hätten den Ball aufgenommen. Die gbm hätten selbstverständlich unabhängige Fachingenieure beigezogen, die einerseits die technische Machbarkeit, andererseits die Wirtschaftlichkeit und damit auch die Risiken abgeklärt hätten. Die Gutachter seien zum Schluss gelangt, dass es sich um eine intelligente Art und Weise handle, die auch ökonomisch Sinn mache. In den letzten paar Monaten habe sich im Bereich Siloah ein relativ hoher Handlungs- und Zeitdruck aufgebaut, da die heutige Anlage in einem schlechten Zustand sei. Es sei dann so schnell gegangen, dass man sich mit dem Erarbeiten der entsprechenden Vorlage habe beeilen müssen. Es habe also anfänglich recht viel Zeit gebraucht, bis man effektiv habe Fuss fassen und das Projekt "pushen" können; plötzlich sei es dann sehr rasch gegangen. Es sei wichtig und richtig, dass dem Parlament nicht Anträge in Form von schönem Papier vorgelegt würden; er hätte es nicht richtig gefunden, wenn der Gemeinderat die Vorlage schon vor zwei oder drei Jahren ins Parlament gebracht hätte.

Stefan Gautschi (forum) erklärt, er wolle noch etwas zum Thema "riskanter Wärmeverbund" ausführen. In seiner vor zwei Jahren eingereichten Interpellation habe er Risiken von Fällen in der Schweiz aufgezeigt, wo Wärmeverbunde grosse Probleme bekommen hätten. Einer davon sei die KVA Horgen. Diese KVA hätte geschlossen werden müssen, was nicht möglich gewesen sei, weil ein Wärmeverbund vorhanden gewesen sei. Er denke auch an die KVA Bern, welche an den jetzigen Standort im Wald habe gelegt werden müssen, da der Wärmeverbund angeschlossen gewesen sei. Das Zusammenspiel zwischen Energiequellen und Wärmeverbunden sei sehr eng und müsse 20-40 Jahre funktionieren. Die Häuser hätten keine Kamine mehr und seien nicht ausgerüstet. Zur Massnahme C-2 gemäss BEakom: Industrien würden kommen und gehen – Beispiel Kartonfabrik Deisswil – und der Abfall sei lange schlecht ausgewertet worden, weil zwei grosse Industrien bei der KEBAG in Solothurn weggefallen seien. Es handle sich um die Firma Attisholz und eine weitere Industrie habe den Dampf nicht mehr angenommen, womit die Energie unseres Abfalls in die Luft hinaus gelassen worden sei. In der Interpellation habe er angeregt, den Wärmeverbund – ähnlich wie beim Projekt Mösli in Ostermundigen – mit einer weiteren Energiequelle abzusichern. In der Antwort sei ausgeführt worden, dies sei nicht nötig. Der Wärmeverbund Siloah hänge eigentlich nur an einem Prozess der Industrie Haco. Er erachte dies als riskant, man müsste 10-20 Jahre voraus denken.

Sowohl Béla Eber als auch Christian Staub verzichten auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

Die Änderungen von Artikel 6 des Anstaltsreglements gbm werden erlassen.

**7 Postulat Gautschi (forum): Erweiterung des Auftrags "Studie Schulraumplanung" unter 1. Einbezug der Turnhallen, 2. Berücksichtigung des anstehenden Investitionsbedarfs der Schulgebäude und 3. Erarbeiten einer Variante "Beibehaltung der Kindergärten"; Zwischenbericht**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Daniela Pedinelli verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Stefan Gautschi (forum) bedankt sich für den vorliegenden Zwischenbericht. Er habe dazu drei Bemerkungen: Der Punkt 2 mit der Bitte um Einbezug der Werterhaltungsmassnahmen sei in der Schulraumplanung berücksichtigt worden. Nicht erfüllt worden sei jedoch die Aufforderung, einen Neubau des Schulhauses Moos aufgrund seiner finanziellen Geschichte zu prüfen. Einfach ausgedrückt sei das Schulhaus Moos innerhalb seiner 40-jährigen Lebensdauer aus finanzieller Sicht ungefähr zweimal gebaut worden. Dieses Fass ohne Boden setze sein aufwändiges Leben fort. Er habe unmissverständlich die Bitte an das Planungsbüro gerichtet, mittels einfachen Abschätzungen die Kosten für einen Neubau des Schulhauses Moos zu prüfen und die Frage eines Neubaus unter wirtschaftlicher Sicht und Werterhaltungsüberlegungen zu stellen. Im Punkt 3 hätte ebenfalls die Sanierung des nahestehenden Doppelkindergartens Brüggliweg dem Neubau des Kindergartenpavillons gegenübergestellt werden sollen. Leider hätten die Planer oder der Gemeinderat bis heute nicht sagen können, wo genau der grosse Pavillon auf dem knappen Areal geplant werde. Die Prüfung, ob der Neubau inklusive sämtlicher Installationen wirklich günstiger werde, sollte aus seiner Sicht fairerweise nachgeholt werden. Er wolle sich jedoch an dieser Stelle herzlich bei allen Parlamentariern und Gemeinderäten bedanken, die sich für die Bildung eines separaten Kindergartens mit freiem Auslauf eingesetzt hätten. Er wage zu behaupten, dass dies der Meinung eines Grossteils unserer Bürger entspreche.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss

Vom Zwischenbericht zum Postulat Gautschi (forum): Erweiterung des Auftrags "Studie Schulraumplanung" unter 1. Einbezug der Turnhallen, 2. Berücksichtigung des anstehenden Investitionsbedarfs der Schulgebäude und 3. Erarbeiten einer Variante "Beibehaltung der Kindergärten" wird Kenntnis genommen.

**8 Postulat Wegmüller (SP): Einrichten eines Velo-/Fussgängerwegs zwischen Muribad und Auguetbrücke; Zwischenbericht**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Beat Wegmüller (SP) bedankt sich beim Gemeinderat und vor allem bei der Verwaltung für die aufwändigen Arbeiten und den positiven Zwischenbericht. Es sei erfreulich, dass die Netzlücke des Veloweges zwischen Muri und Belp geschlossen werden könne. Es sei klar, dass für einen Veloweg die topographischen Verhältnisse

zwischen Auguetbrücke und Haldenweg nicht super seien. Dass der Quartierleist Halden-Eichholz von diesem Projekt aus verschiedenen Gründen nicht begeistert sei, habe den Lokal-Nachrichten entnommen werden können. Für ihn sei entscheidend, dass die Umweltschutzkommission, der Natur- und Vogelschutzverein Muri-Gümligen-Rüfenacht sowie das Amt für Naturförderung des Kantons Bern das Velo-projekt in diesem heiklen Naturgebiet positiv anerkennen würden. Er sei überzeugt, dass auch die Bewohnerinnen und Bewohner der angrenzenden Quartiere nach der Erstellung des Veloweges diesen benützen und auch noch glücklich werden würden.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

### Beschluss

Vom Zwischenbericht zum Postulat Wegmüller (SP): Einrichten eines Velo-/ Fussgängerwegs zwischen Muribad und Auguetbrücke wird Kenntnis genommen.

## **9 Interpellation Kneubühler (FDP): Finanzierung und Werterhaltung von Gemeindestrassen**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub führt als Ergänzung zur gemeinderätlichen Antwort aus, er könne noch die folgenden Streckenabschnitte erwähnen, welche gemäss Road Management mit Stand Ende 2011 einen Fahrbahnzustand aufweisen würden, der mit "kritisch" taxiert werde. Die 500 Strassenmeter – ca. 1 % der Gemeindestrassen – würden sich befinden:

in Muri

- der Reutigenweg
- der hintere Teil des Egghölzliweges (ab Bauernhaus/Kindergarten)
- die Thorackerstrasse ab Hübscherstrasse bis Worbstrasse
- die Haldenau
- im Tannental ab Kreuzung Weibel bis nach dem Pfadiheim

in Gümligen

- der noch nicht sanierte Teil des Parkplatzes beim Friedhof Seidenberg
- die Füllerichstrasse auf der Strecke Einmündung Aebnitstrasse bis zum Abgang zur Autobahnunterführung
- der hintere Teil des Dammweges ab Einmündung Holzackerweg
- die Bahnhofstrasse ab Bahnübergang bis Einmündung Worbstrasse
- die Dentenbergstrasse ab Kreuzung Vorackerweg bis Schützenhaus.

Einige dieser Strassenabschnitte würden in Perimetern liegen, die im Moment eine aktive Bautätigkeit aufweisen (z.B. Bahnhofstrasse "Alte Teigi") oder in denen Absichten oder sogar Planungen für Leitungsbau seitens der Gemeindebetriebe bestehen würden. Es mache Sinn, hier mit Sanierungsmassnahmen noch zuzuwarten, d.h. wenn dann die Strasse einmal offen sei, könne gleichzeitig der Belag saniert werden. Es liege ein Plan mit dem Road Management vor, der aufzeige, welchen Stand die Strassen hätten. Wer Interesse daran habe, könne den Plan jederzeit einsehen.

Peter Kneubühler (FDP) bedankt sich beim Gemeinderat und bei der Verwaltung für die sehr gute Übersicht, was die Gemeindestrassen anbelange, und auch für die ergänzenden Bemerkungen von Christian Staub. Er habe noch einige Bemerkungen zu den einzelnen Ziffern anzubringen. Die Länge des Gemeindestrassennetzes sei mit 48 km relativ gross. Es handle sich an und für sich um Kapillaren unserer kommunalen Mobilität. Dort finde die Erschliessung unserer Gemeindestrassen statt. Mit "Erschliessung" meine er insbesondere die motorisierte Individualität, aber auch den

Veloverkehr, den Fussverkehr, fahrzeugähnliche Geräte wie Kickboards oder Inline Skates; es werde zudem auch auf den Strassen Fussball gespielt etc. Auf den Strassen sei man mobil, dort lebe die Gemeinde. Die Strassen seien sehr wichtig für die Erschliessung, sie seien Kapillaren der Gemeinde. Deshalb habe es ihn interessiert, wie die Gemeindestrassen aussehen würden und er sei froh, dass es ein Road Management gebe und dass man dieses anschauen könne.

Zu Ziff. 3: Die Daten aus dem Jahr 2005 seien nicht mehr so aktuell. Trotzdem könne festgestellt werden, dass der Zustand gut der Hälfte der Strassen die Note 5 aufweisen würde, fast die Hälfte die Note 4 bis 4,5. Wenn man durch die Gemeinde laufe oder fahre, könne man feststellen, dass die Strassen eigentlich in einem guten Zustand seien. In Ostermundigen sei ihm kürzlich aufgefallen, dass die Strassen Löcher aufweisen würden und nicht sehr gut seien. Bei uns seien die Strassen in einem guten Zustand und man wolle die Strassen auch nicht vergolden. Zu Ziff. 4: Der Wiederbeschaffungswert sei ein wichtiger Ausgangspunkt, der aufzeige, wie viel investiert werden müsse, um die Strassen in Stand zu halten. Der Gemeinderat nehme hier einen Alterungsbeiwert von 1,6 % und sei damit am unteren Limit; 1,4 % sei die unterste Limite.

Der Vorsitzende ermahnt Peter Kneubühler, sich bitte kurz zu halten.

Peter Kneubühler (FDP) fährt fort, beim Betrachten des Durchschnitts der letzten 10 Jahre unter Ziff. 5 ergebe sich ein Alterungsbeiwert von knapp 1,4 %, womit man unter dem vom Gemeinderat festgelegten Wert von 1,6 % liege. In den letzten 10 Jahren sei somit mit CHF 1,3 Mio. bzw. 86 % zu wenig investiert worden. Zu Ziff. 6: Der Gemeinderat sage selber, es sei wenig investiert worden, man wolle mehr reinvestieren, dies sei sehr gut. Zu Ziff. 7: Trotzdem sage man, man wolle gleich weiterfahren wie gehabt, man werde zwar etwas mehr investieren. Für eine Verstetigung der Planung und um eine Planungssicherheit zu erhalten wäre es intelligent, einen 4-jährigen Kredit zu sprechen. Dies würde bei einem Alterungsbeiwert von 1,6 % einen Betrag von CHF 6 Mio. ausmachen, der über 4 Jahre zu investieren wäre. Wenn dies nicht gewünscht würde, so wäre dies eben so; er persönlich würde dies jedenfalls als sinnvoll erachten.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

## **10 Interpellation Manz (SP) betr. zusätzlichem Wohnraum an Stelle der A6**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats werde mündlich erteilt.

Hans-Rudolf Saxer führt aus, ausnahmsweise habe der Gemeinderat hier auf eine schriftliche Beantwortung verzichtet und eine mündliche Antwort in Aussicht gestellt. Dies vor dem Hintergrund, weil sich die Evaluation der verschiedenen Möglichkeiten der Engpassbeseitigung der A6 im Moment auf der Zielgeraden befinde. Die gewonnenen Erkenntnisse würden in Kürze an einem Forum öffentlich vorgestellt. Der Gemeinderat sei deshalb momentan nicht in der Lage, eine verlässliche Antwort auf die Frage zu geben, ob und wenn ja wie viel Wohnraum durch einen Rückbau der A6 mit welcher Variante entstehen könnte. Aus heutiger Sicht sei nicht davon auszugehen, dass dies im grösseren Stil der Fall sein werde. Dies sei aber eine Annahme, die noch zu erhärten sein werde. In Kürze wisse man mehr, welches die Haltung des ASTRA sei. Dann würden umgehend die entsprechenden Berechnungen gemacht und diese auch kommuniziert. Es tue ihm leid, dass er in diesem ersten Punkt keine aussagekräftigeren Aussagen machen könne. Sobald die Grundlagen vorliegend seien, werde dies nachgeholt. Zum Punkt 2: Es handle sich um eine interessante

Frage, die Matthias Manz hier gestellt habe. Er sei eigentlich davon ausgegangen, dass es vergleichbare Beispiele gebe. Das ASTRA habe aber bestätigt, dass es in der Schweiz keine entsprechenden Beispiele gebe. Man könne also nirgends eine Besichtigung vornehmen, wie dies andernorts gemacht worden sei.

Matthias Manz (SP) bedankt sich für die Antwort, die nicht ganz so aussagekräftig sei, wie er es sich gewünscht hätte. Es sei klar, dass die Frage, was mit der Autobahn passiere, offen sei. Ebenfalls klar sei sein Wunsch, dass wenn möglich ein Rückbau der Autobahn erfolgen sollte. Die Vorstellungen darüber, was an diesem Ort geschehen könnte, seien relativ rasch "herumgegeistert" und es habe angefangen ihn zu interessieren, ob im Rahmen der Ortsplanungsrevision Diskussionen über das Riesenpotenzial geführt worden seien. Würde dort der ganze Beton entfernt, könnte Wohnungsbau wohl im Umfang vom Thoracker oder im Umfang der Schürmatte gewonnen werden. Die Antwort sei nun nicht ganz schlüssig, er entnehme ihr aber indirekt, dass es wohl eher im Bereich der Phantasie liege, dass in einem wesentlichen Umfang Wohnraum entstehen könnte, falls die Autobahn einmal weg wäre. Zu den Phantasien betreffend Wohnraum sei zu sagen, dass unsere Wünsche – falls die Autobahn einmal zurückgebaut würde – natürlich den Interessen der Stadt Bern widersprechen würden. Dies müsse man so zur Kenntnis nehmen. Es habe ihn einfach interessiert, wie realistisch die Phantasien bezüglich Wohnraum seien.

Stefan Gautschi (forum) stellt den Antrag auf Diskussion.

Beschluss (mehrheitlich)

Dem Antrag auf Diskussion wird stattgegeben.

Stefan Gautschi (forum) führt aus, einige hier Anwesende wüssten etwas mehr und im Namen des Komitees möchte er gerne ein paar Ausführungen machen. Einige seien im Jahr 2009 beim ASTRA vorstellig geworden und hätten genau diesen Punkt thematisiert. Man habe das ASTRA im Hinblick auf die Variantenstudie darauf hingewiesen, dass man in Muri Land und Geld gewinnen würde. Man habe die Frage gestellt, ob es eine Chance geben würde, dass das frei werdende Land – es hätten Beträge um die CHF 70 Mio. im Raum gestanden – in die Waagschale geworfen werden könnte, wenn es um die Engpassbeseitigung oder den Totalrückbau gehe. Die Antwort des ASTRA habe gelautet, dass es leider nicht möglich sei, dies in die Waagschale zu werfen bzw. dies als Gegenwert einzubringen, so werde nicht gerechnet. Das ASTRA habe also dem Begehren eine Absage erteilt.

Hannes Treier (FDP) erklärt, das ASTRA habe für den 4. Juni zu einer Information eingeladen, anlässlich welcher das ASTRA über den Stand der Planung orientieren werde. Er gehe davon aus, dass alle Parteien eingeladen worden seien und es sei ganz wichtig, dass Muri über alle Parteigrenzen hinweg mit einer Stimme auftrete. Dort sollte das Wort ergriffen werden, damit dieses von den Vertretern des ASTRA gehört werde. Er wolle die eingeladenen Ratsmitglieder zu einer Teilnahme animieren. Er selbst könne leider nicht teilnehmen, werde aber sicherstellen, dass sonst jemand hingehe. Dass Muri dort gehört werde, sei ihm ein ganz wichtiges Anliegen; "Packen wir die Chance!".

Peter Kneubühler (FDP) verweist auf einen kürzlich erschienenen Zeitungsartikel. Es gebe offenbar von architektonischer Seite her Leute, die Autobahnüberbauungen für "verdichtetes Wohnen" planen würden und Erfahrungen damit hätten. Wie dem Artikel zu entnehmen gewesen sei, hätten diese Leute – renommierte Architekten – auch bereits mit dem ASTRA Kontakt aufgenommen. Das ASTRA habe gesagt, man sei nicht wirklich abgeneigt, es müsste aber die ganze Autobahn unter dem Boden und überbaut sein. Die Bauherrschaft müsste zudem auch die Betriebskosten für den

Tunnel übernehmen. Trotzdem hätten die Berechnungen ergeben, dass dort erstellte Wohnungen relativ günstig zu stehen kommen würden. Das Ganze sei also nicht ganz unmöglich, aber doch futuristisch.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

#### **11 Interpellation Wegmüller (SP): Gemeindestrassen mit "Zubringer gestattet"**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Beat Wegmüller (SP) bedankt sich beim Gemeinderat für die ehrliche Antwort. Er sei eigentlich nicht ein Freund von Kontrollen. Der Antwort des Gemeinderats entnehme er aber, dass bei der Überwachung der Strassen mit Zubringerdienst unbedingt Handlungsbedarf bestehe, vor allem bei den Strassen, wo die Durchfahrt möglich sei, wie z.B. der Alpenstrasse, der Dorfstrasse-Dorfgrasse. Er habe festgestellt, dass die Gemeinde Muri über sehr viele Strassen mit Zubringerdienst verfüge. Er glaube, dass sich viele motorisierte Fahrerinnen und Fahrer gar nicht bewusst seien, dass es sich um ein Fahrverbot handle und nur der Zubringerdienst erlaubt sei. Es handle sich um ein rundes Signal, welches eigentlich ein Fahrverbot sei. Er stelle fest, dass dies vielfach nicht beachtet werde. Das Thema werde sicherlich im Zusammenhang mit der Feldstrasse noch aufgenommen, aber auch auf den anderen Strassen bestehe unbedingt Handlungsbedarf.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

#### **12 Informationen des Gemeinderats**

Es erfolgen keine Informationen durch den Gemeinderat.

#### **13 Neue parlamentarische Vorstösse**

##### **Motion Kneubühler (FDP) betr. durchgehender beidseitiger Velostreifen für den Dennigkofenweg**

Der Gemeinderat wird beauftragt, den Dennigkofenweg auf Gemeindegebiet so rasch als möglich durchgehend und beidseitig mit einem Fahrradstreifen auszustatten und diese Massnahme, die primär einen Beitrag an die Erhöhung der Verkehrssicherheit leisten soll, gleichzeitig ins Realisierungsprogramm des kommunalen Richtplans Verkehr aufzunehmen.

##### **Begründung**

An seiner Sitzung vom 21. Februar 2012 hat der Grosse Gemeinderat (GGR) im Rahmen der Beratung zur Ortsplanung 2012 den behördenverbindlichen Richtplan Verkehr zur Kenntnis genommen. Gemäss diesem Richtplan liegt der Dennigkofenweg mit durchschnittlich zirka 4'500 Fahrzeugen pro Tag (DTV) nach den beiden Kantonsstrassen (Thun- und Worbstrasse) sowie nach der Feld- bzw. Tannackerstrasse an vierter Stelle der am stärksten befahrenen Strassen in unserer Gemeinde.

Trotz dieses relativ hohen Verkehrsaufkommens verfügt der Dennigkofenweg, auf dem eine Geschwindigkeitslimite von 40 Stundenkilometer (km/h) gilt, über keine

Velostreifen. Vor allem in den Stosszeiten am Morgen und am Abend, an denen viele Pendlerinnen und Pendlere auf dem Dennigkofenweg unterwegs sind, kann dies mit Blick auf die Verkehrssicherheit ein nicht zu unterschätzendes Risiko für Radfahrende darstellen.

Aus diesem Grund wird der Gemeinderat beauftragt den Dennigkofenweg auf Gemeindegebiet so rasch als möglich durchgehend und beidseitig mit einem Fahrradstreifen zu versehen und diese Massnahme gleichzeitig ins Realisierungsprogramm (Ziffer 6) des Richtplans Verkehr aufzunehmen.

Als gelungenes Vorbild kann und soll die Aebnitstrasse dienen, auf der ebenfalls die Tempolimit 40 km/h gilt und die unlängst als so genannte Kernfahrbahn (vgl. auch [www.kernfahrbahn.ch](http://www.kernfahrbahn.ch)) - d.h. ohne Mittelstreifen sowie durchgehend und beidseitig mit Velostreifen - neu gestaltet wurde. Vorbildfunktion und Modellcharakter der Aebnitstrasse scheinen umso mehr gegeben zu sein, als der Dennigkofenweg bereits heute grösstenteils über keinen Mittelstreifen verfügt.

Allenfalls könnte mittels einer zur Aebnitstrasse analogen Gestaltung des Dennigkofenwegs auch der Übertretung der geltenden Höchstgeschwindigkeit (40 km/h), wie sie dem Vernehmen nach auf dem Dennigkofenweg durch zahlreiche motorisierte Verkehrsteilnehmende begangen werden soll, entgegengewirkt werden.

Gümligen, 22. Mai 2012

P. Kneubühler

Y. Brügger, J. Gosswiler, F. Ruta, D. Ritschard, F. Schwander, D. Bärtschi, A. Kauth, V. Näf, R. Raaflaub, M. Graham, J. Stettler, S. Gautschi, H. Treier, S. Lack, M. Kästli, M. Kämpf, E. Mallepell, M. Humm, U. Wenger, B. Schneider, J. Aebersold, R. Sigrist, A. Bärtschi, B. Wegmüller, F. Burkhard, B. Marti, Ch. Grubwinkler (28)

### **Überparteiliche Motion zur Schaffung einer Parlamentarischen Regional- oder Agglomerationskommission**

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Grossen Gemeinderat eine Vorlage zur Schaffung einer ständigen parlamentarischen Agglomerations- oder Regionalkommission nach dem Vorbild der Stadt Bern vorzulegen.

#### **Begründung**

Der Einfluss der Region, insbesondere der Regionalkonferenz auf Sachvorlagen, welche die Gemeinde Muri mitbetreffen, hat zugenommen und wird voraussichtlich weiter zunehmen. Viele der in Zukunft anstehenden Probleme können, sollen und müssen im Rahmen der Region gelöst werden. Dabei wird aber in vielen Fällen der Entscheidungsspielraum der Gemeindebehörden, insbesondere auch der Legislativen, erheblich eingeschränkt.

Auf Grund der doch recht kurzen Fristen besteht bei Vorlagen, welche die Region betreffen, vielmals Zeitdruck für die rechtzeitige Behandlung der Geschäfte im Parlament. Zudem ist es für viele der (Miliz-) Parlamentarier und Parlamentarierinnen nicht immer einfach, sich kurzfristig in die oft komplexe Materie einzuarbeiten und die notwendigen Kontakte zu knüpfen und zu unterhalten.

Mit der Bildung einer Regional- oder Agglomerationskommission kann ein Gremium von Parlamentariern und Parlamentarierinnen geschaffen werden, welche vertiefte Kenntnisse der Regionalproblematiken haben und welche auch regional intensiver vernetzt sind. Dieses Gremium kann der Gemeinde unter anderem auch als "Radar" dienen, um aufkommende Fragestellungen zu erkennen und rechtzeitig die ge-

meindeinternen Entscheidungsprozesse zu initialisieren. Erfahrungsgemäss ist es oft einfacher und sinnvoller, anstehende Entscheide bereits in der Phase der Konzeption geeignet zu beeinflussen und nicht erst im Rahmen eines Schlussentscheids. Die Schaffung einer solchen Kommission wäre sicherlich ein Gewinn für unsere Gemeinde.

Muri, 22. Mai 2012

Beat Schmitter  
Beat Wegmüller  
Hannes Treier

D. Ritschard, R. Sigrist, J. Gossweiler, D. Bärtschi, M. Bärtschi, S. Lack, B. Schneider, B. Eber, Y. Brügger, U. Grütter, A. Ferreira, V. Näf, F. Ruta, M. Graham, U. Wenger, M. Manz, M. Kästli, A. Damke, P. Kneubühler, B. Marti, F. Burkhard, F. Schwander, M. Kämpf, S. Gautschi, J. Stettler, M. Humm, F. Elsinger, J. Aebersold, R. Friedli, M. Häusermann, Ch. Grubwinkler, A. Lüthi (35)

### **Motion forum betreffend Einführung eines Ortsbusses**

Der Gemeinderat wird beauftragt, einen Ortsbus zur besseren Gewährleistung der gemeindeinternen öffentlichen Verkehrsverbindungen einzuführen.

#### **Begründung**

Unsere Gemeinde verfügt über ein durch Bern Mobil und den RBS betriebenes, solides regionales Verkehrsnetz mit Anbindung an die Stadt Bern.

Marginal verbunden sind aber periphere Quartiere mit den Einkaufszentren in der Gemeinde oder als kommunaler Zubringer zu den Stationen des überregionalen öffentlichen Verkehrs.

Unsere Gemeinde ist sehr weitläufig und bestimmte Quartiere sind sehr schlecht erschlossen.

Weder Personen, welche für ihre täglichen Einkäufe auf das Auto verzichten möchten, noch ältere Bewohnerinnen und Bewohner können aus den Quartieren auf einen regelmässigen Transport zählen. Anlässlich des Gemeindepräsidenten-Wahl-Podiums im Mattenhof Gümligen wurde dieses Bedürfnis klar zum Ausdruck gebracht. Wir erachten einen Ortsbus als Standortvorteil, den umliegende, mit Muri vergleichbare Gemeinden, ihren Bürgerinnen und Bürgern längst zur Verfügung stellen.

Ein Ortsbus könnte auch für die sichere Mobilität von Schulkindern innerhalb unserer Gemeinde von Vorteil sein. Die Kinder, die z.B. in Muri wohnen und im Moos die Schule besuchen, könnten besonders im Winter den Ortsbus benutzen, was den individuellen Schultransport von Eltern, der in den vergangenen Jahren stark zugenommen hat, reduzieren würde.

Die Einführung eines Ortsbusses wäre ein klares Zeichen einer weitsichtigen Verkehrsplanung.

Gümligen, 22.05.2012

M. Graham

B. Marti, J. Stettler, M. Häusermann, S. Gautschi, F. Schwander, P. Kneubühler, M. Kämpf, D. Ritschard, F. Ruta, Y. Brügger, A. Bärtschi, F. Elsinger, B. Wegmüller, U. Wenger, M. Kästli, R. Raaflaub (17)

### **Postulat Humm (EVP) betreffend unbefriedigender Abfallsituation am Aareufer**

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen,

1. wie die heutige Abfallsituation am Aareufer verbessert werden kann.
2. wie die zur Verfügung stehende Infrastruktur (insbesondere Abfallbehälter) den aktuellen Verhältnissen angepasst werden kann (z.B. zahlreichere und "tiersichere" Container statt offene Abfallkübel).
3. ob er ein "Littering-Konzept", ähnlich wie es die Stadt Bern eingeführt hat, als taugliches Mittel erachten würde, um das Verhalten der Nutzer zu beeinflussen (inkl. geeignete Massnahmen zur Sicherung von Ordnung und Sauberkeit am Aareufer).

#### **Begründung**

Das Aareufer auf unserem Gemeindegebiet ist ein beliebtes und stark frequentiertes Naherholungsgebiet. Gerade an lauen Sommerabenden geniessen viele kleinere und grössere Gruppen das "Brätlen" am Fluss. Es wurden dafür Grillstellen und Abfallbehälter eingerichtet, ja sogar Brennholz kann gratis bezogen werden.

Unsere Gemeindebetriebe bemühen sich sehr, attraktive Feuerstellen zur Verfügung zu stellen. Doch leider werden sie dafür oft schlecht belohnt: am folgenden Morgen findet man oft eine riesige Unordnung vor. Die Ursache dafür ist unterschiedlich. Einige Nutzer hinterlassen einfach eine Schweinerei, andere bemühen sich, ihre Abfälle zu sammeln, finden aber bereits überquellende Abfallbehälter vor und deponieren die mit Abfall gefüllten Einkaufstüten davor. Die Raben und Füchse leisten ebenfalls einen Beitrag zur Unordnung, indem sie die Abfälle sogar aus den Abfall-eimern herausholen und verteilen. Dem Wegmeister und seinem Team bleibt die unschöne Aufgabe, das ganze Chaos zu beseitigen.

Die Stadt Bern macht gute Erfahrungen mit einem "Littering-Konzept" für neuralgische Punkte der Innenstadt. Ein solches wäre meines Erachtens auch in unserer Gemeinde hilfreich, um das Verhalten der Menschen und Tiere am Aareufer positiv zu beeinflussen. In das Konzept gehören etwa Fragen der Infrastruktur, des Verhaltens von Wildtieren, der Abfallprävention, des Recyclings und von Repressionsmassnahmen gegen Abfallsünder.

Muri, 21. Mai 2012

M. Humm

B. Schmitter, V. Näf, D. Bärtschi, R. Raaflaub, M. Bärtschi, D. Ritschard, F. Ruta, A. Damke, Y. Brügger, B. Wegmüller, R. Sigrist, U. Grütter, S. Lack, P. Kneubühler, S. Gautschi, J. Stettler, M. Graham, Ch. Grubwinkler, J. Gossweiler, H. Treier, F. Burkhard, B. Schneider, U. Wenger, R. Friedli, F. Schwander, B. Eber, M. Kästli, F. Elsinger, M. Häusermann, M. Kämpf, J. Aebersold, A. Bärtschi, M. Manz, A. Lüthi (35)

### **Postulat FDP/jf betr. Lärmbelastung und Sicherheit Flugplatz Bern-Belpmoos**

Der Gemeinderat wird eingeladen, zu prüfen, mit welchen konkreten Massnahmen erreicht werden kann, dass die zunehmende Belastung durch Fluglärm in unserer Gemeinde vermindert werden kann. Zusätzlich ist zu überprüfen, ob die Sicherheit der von den Überflügen betroffenen Wohnzonen in unserer Gemeinde jederzeit gewährleistet ist.

Insbesondere sind die folgenden Bereiche einer kritischen Prüfung zu unterziehen:

1. Flugbewegungen an Wochenenden und Feiertagen morgens vor 0800 Uhr.
2. Starts und Landungen direkt über den Quartieren von Muri-Gümligen.
3. Flugbewegungen pro Jahr insgesamt.
4. Sicherheit der betroffenen Wohnzonen.

### **Begründung**

Der Flugplatz Bern-Belp ist im Grundsatz nicht bestritten. Die Bedeutung für den Tourismus und den Wirtschaftsstandort Bern ist nachgewiesen.

Die wahrgenommene Lärmbelastung bei den Anwohnern ist in letzter Zeit aber deutlich gestiegen. Grund dafür sind grössere Flugzeuge und vor allem die sehr störenden **Flugbewegungen an Wochenenden und Feiertagen zwischen 0600 und 0800 Uhr**. Dies sind im Sommer mehrheitlich Flugbewegungen nach Ferien-destinationen im Ausland, die kaum einen Beitrag an den Wirtschaftsstandort Bern leisten.

Zusätzlich zur Lärmbelastung muss auch der Frage nach der **Sicherheit** in den betroffenen Wohnzonen nachgegangen werden.

Die **Konzession** für den Flugplatz Bern-Belpmoos, welche unter anderem die Betriebszeiten regelt, läuft am 31.05.2016 aus. Es geht jetzt darum, bereits heute die Pflöcke für die neue Konzession einzuschlagen und die Interessen unserer Gemeinde pro-aktiv und mit Nachdruck einfließen zu lassen.

Entscheide um den Flugplatz Bern-Belpmoos liegen nicht im Kompetenzbereich des Gemeinderates. Das ist richtig. Es ist aber Aufgabe des Gemeinderates alles zu unternehmen, um diese unbefriedigende Situation zu verbessern. Zu dem Zweck muss eine wirksame regionale Zusammenarbeit aktiv angestrebt und bei Bedarf angeführt werden. Zudem muss der Gemeinderat das Gespräch mit den Verantwortlichen für den Flugplatz suchen.

Das Unbehagen in weiten Teilen der Bevölkerung unserer Gemeinde nimmt zu. Die Grenze der Toleranz ist vor allem an Wochenenden und Feiertagen erreicht. Die Lebensqualität leidet. Es besteht Handlungsbedarf und zwar jetzt.

Muri, 25. Mai 2012

Stephan Lack

R. Sigrist, J. Gossweiler, M. Humm, M. Graham, H. Treier, B. Schmitter, M. Kästli, R. Raaflaub, V. Näf, M. Manz, B. Wegmüller, F. Burkhard, P. Kneubühler, E. Mallepell, M. Kämpf, S. Gautschi, M. Häusermann, Y. Brügger (19)

### **Interpellation Raaflaub (FDP) betreffend Briefkastenleerung Gemeindehaus vor Abstimmungen**

Der Briefkasten für briefliche Abstimmungen und Wahlen wird vor dem Gemeindehaus offiziell am Samstag vor den Abstimmungen und Wahlen zum letzten Mal geleert. Es gibt etliche Stimmbürger, welche das Couvert auch noch am Sonntag, sogar während der Zeit, in der die Urnen im Innern geöffnet sind, einwerfen. Deshalb stelle ich dem Gemeinderat folgende Fragen:

1. Ist es richtig, dass auf kantonaler Ebene ein Gesetz in Bearbeitung ist, welches ein Einwerfen von Wahlcouverts in Briefkästen bei Wahllokalen bis zur Urnenschliessung ermöglichen soll?

Falls dem nicht so ist:

2. Welche Vorkehrungen müssen getroffen werden, dass der Briefkasten vor dem Gemeindehaus in Muri künftig mit der Urnenschliessung am Sonntag geleert wird?

Gümligen, 22. Mai 2012

Ruth Raaflaub-Minnig

### **Mitteilungen**

Der Vorsitzende weist noch einmal darauf hin, dass der diesjährige Ratsausflug am 23. August stattfinden werde. Treffpunkt werde um 16.30 Uhr sein, Einladung und Programm würden per Mail folgen.

Im Weiteren erinnere er an den Anlass "Sportliche Aktivitäten im Muriger Parlament" vom 16. Juni 2012. Die Anmeldefrist laufe noch bis zum 31. Mai 2012 an Ruth Raaflaub.

Da die Juni-Sitzung ausfallen werde, wünsche er allen einen schönen Sommer. Das Parlament treffe sich zur nächsten Sitzung am 21. August 2012.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

\*\*\*\*\*

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN  
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Beat Marti

Anni Koch